

# Wochenspiegel

## Darüber diskutiert Frankreich

08. - 14. November 2025

Frankreich hat am 13. November in tiefer Trauer an den zehnten Jahrestag der Terroranschläge von 2015 erinnert. Mit Schweigeminuten, Glockenläuten und Kranzniederlegungen gedachten die Pariser der 132 Opfer; der Eiffelturm leuchtete blau-weiß-rot, und an den Anschlagsorten versammelten sich Menschen mit Kerzen und Blumen. Präsident Emmanuel Macron eröffnete einen neuen Gedenkgarten für die Opfer und rief dazu auf, wachsam zu bleiben. Die Bedrohung durch den Dschihadismus habe sich verändert, sei heute „heimtückischer und schwerer zu erkennen“, warnte er. Die Anschläge des „Islamischen Staates“ haben das Land nachhaltig geprägt: mehr Sicherheitskontrollen, ein dauerhaft erhöhter Alarmzustand und viele Überlebende kämpfen noch immer mit den Folgen. Arthur Dénouveaux, Präsident der Opfervereinigung Life for Paris, beschreibt den Jahrestag als emotional überwältigend: „Der schwierigste Moment ist der 14. November, wenn der Alltag zurückkehrt, aber die Trauer bleibt.“ Die KAS Frankreich hat zum Gedenktag an die Terroranschläge einen Podcast produziert, den Sie [hier anhören](#) können.

Die französische Nationalversammlung hat am 12. November 2025 mit klarer Mehrheit (255 Ja-Stimmen, 146 Nein-Stimmen und 104 Enthaltungen) einen Antrag angenommen, um die umstrittene Rentenreform auszusetzen. Möglich wurde dieser Schritt, weil Premierminister Sébastien Lecornu den Sozialisten ein zentrales Zugeständnis machte, um ein Misstrauensvotum abzuwenden und seine Regierung zu stabilisieren. Wie erwartet lehnten die 60 Abgeordneten der linkspopulistischen *La France Insoumise* die Maßnahme ab. Ebenfalls geschlossen gegen die Aussetzung stimmte die *UDR*-Fraktion (14 Sitze) des ehemaligen Parteivorsitzenden der *Républicains*, Eric Ciotti. Innerhalb der *Républicains* stimmten acht Abgeordnete für die Aussetzung aus, 25 dagegen, neun enthielten sich, und drei nahmen an der Abstimmung nicht teil. Ein Großteil der Präsidentenfraktion *Ensemble pour la République* enthielt sich der Stimme (67 von 81), während drei Abgeordnete zustimmten und fünf dagegen votierten. Zustimmung zur Aussetzung kam hingegen geschlossen vom *Rassemblement National* (112 Sitze) sowie von den Sozialisten (67); auch die Mehrheit der Grünen (30 von 34) unterstützte die Aussetzung. Durch diese Entscheidung wird die von Präsident Macron geplante Anhebung des Rentenalters auf 64 Jahre vorerst gestoppt. Das effektive Rentenalter bleibt damit bis mindestens nach der Präsidentschaftswahl 2027 bei 62 Jahren und neun Monaten. Die Sozialisten bewerten dies als wichtigen sozialen Erfolg, da rund 3,5 Millionen Menschen früher in den Ruhestand gehen könnten. Laut Schätzungen des Arbeitsministeriums betragen die Kosten der Aussetzung der Rentenreform 300 Millionen Euro in 2026 und 1,9 Milliarden Euro in 2027. Arbeitsminister Jean-Pierre Farandou erklärte, dass diese Kosten durch die Erhöhung des Allgemeinen Sozialbeitrags (CSG) auf Kapitaleinkünfte gedeckt werden, die letzte Woche von der Nationalversammlung im Rahmen des Einnahmenkapitels des Gesetzes zum Sozialversicherungshaushalt verabschiedet wurden. Wie der endgültige Staatshaushalt 2026 letztlich aussehen wird, bleibt weiterhin offen.

Die Diskussionen zum Haushalt 2026 werden in der Nationalversammlung fortgesetzt. Nach der Aussetzung der Rentenreform müssen die Abgeordneten nun während zwölf aufeinanderfolgenden Tagen die Details des Haushalts prüfen, um die verfassungsmäßigen Fristen einzuhalten. Premierminister Sébastien Lecornu strebt die Verabschiedung bis zum 31. Dezember an. Über 2.100 Änderungsanträge stehen noch zur Diskussion, darunter die Beteiligung Frankreichs am EU-Haushalt. Die Abstimmung über den ersten Teil des Haushalts, der Einnahmen und Steuern regelt, ist für den 17. November vorgesehen. Danach folgt die Debatte über den Ausgabenbereich, einschließlich der Sozialversicherung; die Abstimmung ist für den 24. November vorgesehen. Anschließend wird der Entwurf an den Senat übermittelt. Sollte dieser den Vorschlag ablehnen, wird ein gemischter paritätischer Ausschuss (besteht aus je sieben Mitgliedern der Nationalversammlung und des Senats, die von den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke benannt werden) dann versuchen, die Versionen von Nationalversammlung und Senat zu harmonisieren, bevor die endgültige Verabschiedung vor Ende Dezember erfolgen soll. Finanziell zeichnet sich ab, dass das Defizit rund 5 % des BIP erreichen könnte, höher als die ursprünglich geplanten 4,7 % der Regierung, unter anderem aufgrund zusätzlicher Ausgaben und verschobener Einsparungen. Die Sozialversicherung könnte ein Defizit von 24 Milliarden Euro verzeichnen. Dies läge über dem von der Regierung geplanten Defizit von 17 Milliarden Euro sowie der Schätzung des Rechnungshofs von 23 Milliarden Euro für das Jahr 2025.

Der Berufungsprozess gegen Nicolas Sarkozy in der Affäre um die libysche Finanzierung seiner Präsidentschaftskampagne von 2007 findet vom 16. März bis zum 3. Juni 2026 statt. Der ehemalige Staatspräsident war am 25. September zu fünf Jahren Haft verurteilt worden, weil er laut Urteil wissentlich zugelassen hatte, dass seine Mitarbeiter das Regime Gaddafis um illegale Wahlkampfmittel baten. Sarkozy verbrachte drei Wochen im Gefängnis La Santé, bevor er am 10. November unter gerichtlicher Aufsicht freigelassen wurde. Er darf Frankreich nicht verlassen und keinen Kontakt zu bestimmten hohen Justizvertretern aufnehmen, wie z. B. Justizminister Gérald Darmanin, der ihn zuvor im Gefängnis besucht hatte, um Einflussnahmen auf Zeugen oder Mitangeklagte auszuschließen.

Eine vom Bürgermeisterverband AMF (Association des Maires de France) in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass 57,8 % der französischen Bürgermeister für die Kommunalwahlen im März 2026 erneut kandidieren wollen – deutlich mehr als vor den Kommunalwahlen 2020. Damit widerspricht die Untersuchung der häufig beschworenen „Berufungskrise“ im kommunalen Amt. Trotz der hohen Belastungen ihres Mandats – von der Pandemie über Inflation bis hin zu politischen Spannungen – zeigen sich viele Amtsinhaber zufrieden mit ihrer Arbeit. Besonders die Finanzlage ihrer Gemeinden schätzen sie als stabil ein, und sie fühlen sich mehrheitlich von den Bürgern anerkannt. Gleichzeitig deckt die Studie auch die Schattenseiten auf: längere Arbeitszeiten, kaum Urlaub und ein deutlicher Anstieg von Anfeindungen und Aggressionen seit 2020. Der wichtigste Motivationsfaktor für eine erneute Kandidatur ist der Wunsch, begonnene Projekte fortzuführen. Kritisch gesehen wird hingegen die neue Wahlrechtsreform, die auch in kleinen Gemeinden Listenwahlen und Parität vorsieht. Viele Bürgermeister befürchten, dass dies die Aufstellung vollständiger Listen erschweren könnte. Im Hinblick auf das geplante Dezentralisierungsgesetz fordern die Kommunalchefs vor allem mehr Autonomie für ihre Gemeinden und nicht zusätzliche Zuständigkeiten.

### PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Der französisch-algerische Schriftsteller Boualem Sansal wurde nach fast einem Jahr Haft in Algerien am Mittwoch begnadigt und freigelassen. Die Freilassung erfolgte auf Vermittlung des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Sansal wurde anschließend nach Berlin ausgeflogen, wo er medizinisch behandelt wird. Er war in Algerien zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, offiziell wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“, nachdem er in einem Interview Teile Westalgeriens als historisch eher marokkanisch geprägt bezeichnet hatte. Seine Inhaftierung verschärfte die ohnehin angespannten diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien. Der französische Botschafter in Algerien, Stéphane Rometat, bezeichnete die Freilassung als „Akt der Gnade“ ohne Gegenleistung, ermöglicht auch durch die deutsche Vermittlung. Sansal, 81 Jahre alt, berichtete aus Berlin, es gehe ihm „ziemlich gut“; er hoffe auf eine baldige Rückkehr nach Frankreich. Die Haftbedingungen seien hart gewesen, mit Isolation und stark eingeschränkten Kontakten. Die Freilassung könnte ein Signal für vorsichtige Entspannung zwischen Algerien und Frankreich sein.

### DIE ZAHL DER WOCHE

70 %

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
9			1

Die am 13. November 2025 veröffentlichte Odoxa-Backbone-Umfrage zeigt, dass 70 % der Französinnen und Franzosen dem Vorgehen der Regierung im Kampf gegen Terrorismus misstrauen – deutlich mehr als 2016 (55 %). Präsident Emmanuel Macron steht besonders in der Kritik: Drei Viertel der Befragten bezweifeln seine Fähigkeit, das Land vor islamistischen Anschlägen zu schützen. Trotz des Misstrauens gegenüber der Regierung genießen Armee (80 %), Polizei und Gendarmerie (76 %) sowie die Nachrichtendienste (78 %) weiterhin großes Vertrauen. Der neue Innenminister Laurent Nuñez bildet eine Ausnahme: 59 % der Befragten stehen ihm skeptisch gegenüber. Besonders gefürchtet werden Einzeltäterangriffe, die 75 % der Bevölkerung als zunehmende Bedrohung wahrnehmen. In diesem Klima der Unsicherheit kann der *Rassemblement National* deutlich zulegen und erreicht 48 % Vertrauen, während das Lager des Präsidenten nur 24 % erreicht und *La France insoumise* an Zustimmung verliert.